

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

23.12.1908 (No. 395)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 23. Dezember.

№ 395.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Herausgabezeitung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unserlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1908.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 17. Dezember d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem königlich preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Staatsminister Breitenbach, das Großkreuz mit Eichenlaub höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. Dezember l. J. gnädigt geruht, den Stationskontrolloren Theodor Ziegenhain, Philipp Stahl und Karl Oberle bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen die Amtsbezeichnung Revisor und dem Betriebssekretär Friedrich Fries in Mannheim die Amtsbezeichnung Stationskontrollor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. Dezember l. J. gnädigt geruht, dem Inspektionsbeamten bei der Verwaltung der Hauptwerkstätte in Karlsruhe, Maschineninspektor Wilhelm Rees, unter Belassung des Titels Maschineninspektor, die Vorstandsstelle der Maschineninspektion Heidelberg zu übertragen und den Inspektionsbeamten bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Maschineninspektor Friedrich Soos, in gleicher Eigenschaft der Verwaltung der Hauptwerkstätte in Karlsruhe zuzuteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. Dezember d. J. gnädigt geruht, dem Gerichtsassessor Dr. Wilhelm Rothfriz aus Oberderdingen zum Notar im Amtsgerichtsbezirk Mosbach, und dem Gerichtsassessor Dr. Joseph Semberger aus Mannheim zum Notar im Amtsgerichtsbezirk Forstberg zu ernennen.

Vom Justizministerium wurde dem Notar Dr. Wilhelm Rothfriz das Notariat Aglasterhausen und dem Notar Dr. Joseph Semberger das Notariat Krautheim zugewiesen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. Dezember d. J. gnädigt geruht, dem Hilfsreferenten bei der kaiserlichen Oberpostdirektion Karlsruhe, Postinspektor Kaspar Löffler die Stelle eines Postinspektors beim Postamt 2 in Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Januar 1909 an zu übertragen.

Vom Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts wurde unterm 18. Dezember d. J. die Ernennung des Geheimen Hofrats Professor a. D. Dr. Bernhard von Simson in Berlin und des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Aloys Schulte in Bonn zu Ehrenmitgliedern der Badischen Historischen Kommission bestätigt.

Vom Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts wurde unterm 18. Dezember d. J. die Ernennung des Oberstleutnants a. D. Kandler von Knobloch in Baden-Baden, des Privatdozenten an der Technischen Hochschule in Charlottenburg Dr. Karl Koehne, des Bürgermeisters Dr. Johann Gustav Weiß in Eberbach und des Pfarrers Karl Meinfried in Moos, Amts Bühl, zu korrespondierenden Mitgliedern der Badischen Historischen Kommission bestätigt.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 15. Dezember l. J. wurde den Stationskontrolloren Bernward Höberlin und Georg Meythaler, sowie dem Betriebssekretär Adolf Hermann bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen die Amtsbezeichnung Revisor und den Betriebssekretären Richard Goeber und Reinhard Ganninger in Forstheim die Amtsbezeichnung Stationskontrollor verliehen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 15. Dezember 1908 wurde dem Postassistenten Karl Adam in Willingen der Titel Postsekretär verliehen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 17. Dezember l. J. wurde Regierungsbaumeister Julius Roe bei der Maschineninspektion Karlsruhe der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zugeteilt.

Mit Entschliessung Großh. Ministeriums des Innern vom 19. Dezember d. J. wurde der etatsmäßige Aktuar Wilhelm Mannhardt beim Bezirksamt Müllheim zum Bezirksamt Lahr verlegt.

Durch Entschliessung der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues vom 16. Dezember 1908 ist dem Geometer Karl Geist bei dem Bezirksgeometer für Freiburg-Land unter Verleihung der Amtsbezeichnung Vermessungsassistent die etatsmäßige Amtsstelle eines Vermessungsbeamten übertragen worden.

Nicht-Amtlicher Teil.

Ein militärischer Ausgleich in Oesterreich-Ungarn.

Eine soeben veröffentlichte amtliche Mitteilung über den militärischen Ausgleich zwischen Oesterreich-Ungarn hat dort großes Aufsehen hervorgerufen. Der Kern dieser Mitteilung besteht darin, daß nach der Ansicht der maßgebenden Stellen des Heeres die nationalen Wünsche der Ungarn für erfüllbar gelten, weil sie die Gemeinsamkeit und Einheit der Armee nicht berühren. Die Erfüllung dieser Wünsche sei jedoch davon abhängig, daß die Bürgschaften für eine objektive Befriedigung der Armeebedürfnisse gefunden, und daß für eine weitere Reihe von Jahren Armeeforderungen und nationale Forderungen nicht wieder, wie dies bisher geschehen ist, zusammengeknüpft werden. Niemand kann bestreiten, daß die Trennung des österreichisch-ungarischen Offizierskorps nach Nationalitäten, die Vorschriften über die Heranbildung eines aus rein ungarischen Erziehungsanstalten hervorgehenden Offiziersstandes Maßregeln sind, welche das Wesen der gemeinsamen Armee berühren. Der zweite Grund, welcher dabei verlegt wurde, besteht darin, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Krone, die sich auf die Organisation der gemeinsamen Armee beziehen, in Ungarn pflichtig einen anderen und viel engeren Inhalt bekommen, als in Oesterreich, und daß diese Verschiedenheit zu einem Widerspruch führt, nämlich zu der Absurdität, daß der Staat, der den größeren Teil des Geldes und der Menschen zu der Armee beisteuert, weniger Einfluß auf deren Einrichtungen hat, als der andere Staat mit seinen geringeren Leistungen. Das Reunionsprogramm war schon ein Abweichen von den Grundfäden des Ausgleichs, der ausdrücklich vorschreibt, daß die Wehrmacht eine gemeinsame und das Wehrwesen eine nach gleichen Grundfäden zu regelnde Angelegenheit sei. Deshalb hat es schon vor fünf Jahren große Bedenken in Oesterreich hervorgerufen, teils wegen seines Inhalts und teils wegen der Einseitigkeit der Vereinbarung zwischen der Krone und den ungarischen Parteiführern. Die Bildung des Ministeriums Stephan Tisza sollte durch diese Zugeständnisse ermöglicht, die liberale Partei, welche durch die Fusion stark verwässert war, durch diese Wegzehrung wieder gekräftigt und die Bewilligung des erhöhten Rekrutenstandes erleichtert werden. Das Ende ist bekannt: Obstruktion, Handstreich des Grafen Tisza mit der Geschäftsordnung, Auflösung des Parlaments, Verfassungskampf, Sieg der Unabhängigkeitspartei und Bildung des Reaktionsministeriums. Die Bürgschaften waren zerfallen und die Krone konnte sich nur nach einem harten Streite mühselig davor schützen, daß die Frage der ungarischen Kommandosprache nicht zur schärfsten Krise führe. Parlamentarische Bürgschaften für eine Reihe von Jahren gegen das Aufwerfen nationaler Wünsche nach Abschluß des jetzigen militärischen Ausgleichs werden in dem amtlichen Communiqué verlangt. Aber die Erfahrung zeigt, daß solche Bürgschaften sehr rasch hinfällig werden. Wirkliche Bürgschaften können nur durch die Rückkehr zum Prinzip gefunden werden, daß einseitige Verabredungen über den militärischen Ausgleich vermieden werden. Das wäre auch für Ungarn besser. Vernünftige Wünsche im Rahmen des Wehrgesetzes würden in Oesterreich nicht auf Widerstand stoßen. Die neue Form der Zollgemeinschaft und alle staatsrechtlichen Errungenschaften im Ausgleich sind vom österreichischen Parlament gegen die entsprechenden Zugeständnisse von ungarischer Seite bewilligt worden. Warum sollte es bei der Armee anders sein, wenn Ungarn tatsächlich nichts verlangen sollte, was die Gemeinsamkeit der Armee berührt? Nur eine Vereinbarung über den militärischen Ausgleich mit Oesterreich, nur die beiderseitige parlamentarische Genehmigung dieses neuen Zustandes könnte für eine Reihe von Jahren die gewünschten Sicherheiten gegen weitere nationale Forderungen geben. Das ist nicht bloß der einzig vernünftige, sondern auch der einzig korrekte und verfassungsmäßige Weg.

Italien und der Dreibund.

(Telegramm.)

* Rom, 21. Dez. Senat. Zur Beratung stand die Interpellation Tassi und Vischi, welche zu wissen wünschten, was die Regierung anlässlich der letzten Ereignisse in Wien zu tun gedenke. Tassi erklärte weder die auswärtige Politik, noch den Dreibund bekämpfen zu wollen, aber er müsse sich mit den Vorkommnissen, wie jenen an der Wiener Universität befassen, die in Italien einen so schmerzlichen Widerhall gefunden hätten. Vischi erklärte, der wahre Grund für die Erregung der öffentlichen Meinung in Italien wegen der Vorgänge in Wien sei das gesamte Verhalten einer verbündeten Macht gegenüber Italien, das seit langem gegenüber Oesterreich-Ungarn eine schonende Haltung eingenommen habe. Ministerpräsident Giolitti ruft dazwischen: Italien hat immer eine würdige Haltung eingenommen und den Dreibund stets als ein Band angesehen, das den Kontrahenten vollkommene Gleichberechtigung gewähre. Vischi erwiderte darauf, daß die vornehme und würdige Haltung des Ministerpräsidenten bekannt sei. Ferrarantoni erklärte, daß man zwischen einer Gebiets- und Sprachenfrage unterscheiden müsse. Die österreichische Regierung müsse eine italienische Universität bewilligen. Er wünsche in dieser Frage die Vermittlung der deutschen Regierung.

Der Minister des Auswärtigen, Tittoni, erklärte, wenn es der Regierung möglich gewesen wäre, in dieser Frage irgend welche Tätigkeit zu entfalten, so sei dies im Grunde dem Bestehen des Dreibundes zu danken. Ohne den Dreibund würde es kein Mittel für Italien gegeben haben, seine Stimme anders zu Gehör zu bringen, als durch die Gewalt. Auf der Grundlage der Politik des Friedens konnte und mußte die italienische Regierung ein halbamtliches freundschaftliches Vorgehen bezüglich der Frage einer italienischen Universität beobachten, und sie fand bei der verbündeten Macht hierzu das beste Entgegenkommen. Damit diese entgegenkommende Haltung ihren Ausdruck finden kann, ist es notwendig, daß das österreichische Parlament sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Weitere Erklärungen könnten in den Händen der Feinde der italienischen Nationalität zu Waffen gegen uns werden. Tittoni hob ferner hervor, daß vor einiger Zeit veröffentlichte Grünbücher zeige, wie tätig und wirksam das Vorgehen der italienischen Regierung im Orient während der ersten Periode der Balkanfrage gewesen sei. Italiens Politik diene dazu, zu beweisen, daß es treu seinen Bündnissen seine Handlungsfreiheit bei der Wahrung der nationalen Interessen doch mit größter Unabhängigkeit und Würde zur Geltung bringen könne. Es gebe nichts, was mit dem Dreibund, dem Italien treu sei und bleibe, in Widerspruch stehe. Unsere Politik ist, schloß der Minister, eine Politik des Friedens in Ehren und wird es bleiben, wenn uns das Parlament seine Unterstützung nicht verweigert.

Die schweizerisch-deutsche Mehlzollfrage.

(Telegramm.)

* Bern, 22. Dez. Auf die Interpellation betr. den Stand der Mehlzollfrage zwischen Deutschland und der Schweiz antwortete heute im Nationalrat das Bundesratsmitglied Dr. Deucher im Namen des Bundesrats mit einer umfangreichen Erklärung, in welcher der bisherige Verlauf der Angelegenheit geschildert wird. Dr. Deucher führte aus: Der Bundesrat ist bereit, die Streitfrage, wie es im Handelsvertrage mit Deutschland vorgesehen ist, einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, doch sind über die Formulierung der Streitfrage Meinungsverschiedenheiten entstanden. Der Bundesrat verlangt, daß das Schiedsgericht darüber entscheidet, ob Deutschland eine Exportprämie gewähren soll. Deutschland wünscht eine Entscheidung darüber, ob die Schweiz zur Erhebung eines Ausgleichszolls befugt sei. Der Bundesrat hat zugestanden, daß letztere Frage in zweiter Linie dem Schiedsgerichte unterbreitet werden soll. Die deutsche Antwort hierüber steht noch aus, weil inzwischen Verhandlungen zwischen den deutschen und schweizerischen Mäxlern über eine Ermäßigung der Mehleinfuhr stattgefunden haben, die leider erfolglos geblieben sind. Der Bundesrat hat nun, um eine Verständigung zu ermöglichen, bei der deutschen Regierung angefragt, ob und unter welchen Bedingungen, den Mehlzoll freizugeben die deutsche Regierung in Erwägung ziehen wolle. Nähere Erklärungen stehen noch aus. Der Interpellant gab sich mit diesen Ausführungen zufrieden.

Die englische Thronrede.

(Telegramm.)

* London, 22. Dez. Die Thronrede, mit der Seine Majestät der König das Parlament geschlossen hat, gibt der Freude über den Besuch des Präsidenten Fallières und des Königs und der Königin von Schweden Ausdruck. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien andauernd freundschaftlich. Im abgelaufenen Jahre, heißt es weiter, sind mit fremden Regierungen verschiedene Uebereinkommen geschlossen worden, welche durch die Beseitigung von Streitpunkten der Befestigung des Friedens dienen, darunter die

Abkommen über die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in den Grenzgebieten der Nordsee.

Neuerdings haben sich gewisse Ereignisse vollzogen, die dazu angetan sind, die durch den Berliner Vertrag auf dem Balkan getroffene Regelung zu stören, aber es ist mit Recht zu hoffen, daß durch weise und verständliche Verhandlungen eine friedliche Beilegung unter Zustimmung der Vertragsmächte erreicht wird. Ebenso darf man hoffen, daß die Konferenz der hauptsächlichsten Seemächte, die zurzeit in London tagt, durch eine gemeinsame Vereinbarung dazu gelangt, über die verschiedenen mit der Seefriedführung in Zusammenhang stehenden Fragen Regeln aufzustellen und zu formulieren, die die allgemeine Billigung finden.

Tief bedauere ich, daß die innere Ruhe einiger Teile Indiens durch eine Verschwörung übelgesinnter Leute gegen das Leben meiner Offiziere und gegen die Fortdauer der britischen Herrschaft gestört wurde. Diese Vorgänge, die eine Ausnahmegefügung notwendig machten, hatten andererseits aber auch in allen Teilen Indiens Kundgebungen der Treue zur Folge. Die Regierung fand es deshalb gerechtfertigt, Maßnahmen zu betreiben, durch die der Anteil der indischen Bevölkerung an der Verwaltung des Landes vergrößert werden soll.

Die Flotte wurde auf dem hohen Grade der Leistungsfähigkeit erhalten. Ein stetiger Fortschritt wird nach wie vor bei der Reorganisation der Seeresstreitkräfte erzielt.

Der König bedauert sodann, daß bei dem Streite über die Schankkonzessionen und die Unterrichtsbill keine Einigung habe erzielt werden können, trotzdem der Ermüdung beider Gesandten Zeit und Arbeit gewidmet worden sei.

Aus Venezuela.

(Telegramme.)

* **Port of Spain, 22. Dez.** Vizepräsident Gomez von Venezuela hat ein neues Ministerium gebildet. Der Minister des Außen und alle bisherigen Minister sind abgesetzt und für sie neue Männer bestellt, welche verschiedene Parteien vertreten. Geheime Meldungen aus Caracas, wo strengste Zensur erlitten wird, besagen, daß in ganz Venezuela Gärung herrscht seit Castro abgereist ist. Die Krisis sei vor einigen Tagen eingetreten, als Gomez genötigt war, das alte Kabinett zu entfernen, dessen Mitglieder zu Castro in engen Beziehungen ständen.

* **Newport, 22. Dez.** Das Schlachtschiff „Maine“ ist von Hampton Road nach Süden in See gegangen. Es ist vermutlich für die venezolanischen Gewässer bestimmt.

Zur neuen Lage am Balkan.

(Telegramme.)

* **Konstantinopel, 22. Dez.** Deputiertenkammer. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurden die Glückwunschtelegramme anlässlich der Eröffnung des Parlaments bekannt gegeben. Das Telegramm des Präsidenten des Deutschen Reiches wurde mit lebhaftem andauernden Beifall aufgenommen.

* **Konstantinopel, 22. Dez.** Die Blätter erklären die Meldung von einer Erkrankung des Thronfolgers, der aus diesem Grunde der Eröffnung des Parlaments ferngeblieben sei, für unbegründet. — „Jeni Gazetta“ bestätigt das Gerücht von der Ernennung Ahmed Rıza zum Unterrichtsminister.

* **Konstantinopel, 21. Dez.** Die Boykottbewegung gegen die aus Oesterreich-Ungarn kommenden Waren nimmt namentlich in Aulona an Schärfe zu. Die dortigen Lokalbehörden haben gegenüber der von dem Boykottführer ausgehenden Bevölkerung die Autorität verloren. Da die Führer der Bewegung die Menge zu bewegen suchen, die Ausfuhr der nächsten Post zu verhindern und die für die Konsulatsbeamten angekommenen Postsendungen zu öffnen, werden Zusammenstöße befürchtet. Die österreichisch-ungarische Botschaft hat neuerdings bei der Pforte Schritte wegen dieser Boykottbewegung unternommen.

* **Konstantinopel, 22. Dez.** In hiesigen Botschaftskreisen herrscht Befriedigung darüber, daß Oesterreich-Ungarn der Türkei für die Annerkennung der beiden Provinzen eine Geldentschädigung gewähren oder den auf Bosnien und die Herzegovina entfallenden Teil der türkischen Staatsschuld übernehmen will.

* **Konstantinopel, 22. Dez.** „Jeni Gazetta“ zufolge beträgt das Defizit des Budgets des nächsten Jahres zwei bis zweieinhalb Millionen Pfund.

* **Konstantinopel, 21. Dez.** Die „Jeni Gazetta“ meldet: Die Polizei habe konstatiert, daß der jüngste Einbruchversuch im Palais des Thronfolgers von einem der Büchsenpanzer verübt wurde, welche vom Sultan mit der Bewachung aller Prinzen betraut sind. Die Bewachungsmannschaft des Thronfolgers wird deshalb demnächst aufgelöst.

* **Belgrad, 22. Dez.** Die Stupschina ist gestern zusammengetreten. Nachdem vom Präsidenten ein Begrüßungstelegramm der montenegrinischen Stupschina mitgeteilt war, legte der Kriegsminister dem Hause einen Gesandtenbericht vor, durch den ein außerordentlicher Kredit von 10.500.000 Franken gefordert wird. Die Beratung soll in geheimer Sitzung erfolgen.

* **Berlin, 21. Dez.** In der heutigen Aufsichtsratsitzung der Deutschen Bank wurde die Errichtung einer Filiale in Konstantinopel beschlossen. Bisher wurden die Interessen der Deutschen Bank in der Türkei durch die Direktion der Anatolischen Eisenbahngesellschaft wahrgenommen. Die Errichtung einer eigenen Filiale ist veranlaßt durch die Erwägung, daß die Einführung der Verfassung auch in wirtschaftlicher und kommerzieller Beziehung neue Perspektiven eröffnet.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 22. Dezember.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Minister Freiherrn von Marschall zur Vortragserstattung. Nachmittags und abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimrats Dr. Nicolai, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

** Auf Grund der im November und Dezember 1908 abgehaltenen Prüfung sind folgende Aktiare zur Anstellung als Gerichtsschreiber für befähigt erklärt worden:

Ernst Albrecht aus Konstanz, Heinrich Altmann aus Ladenburg, Ludwig Belzner aus Wimpfen, Adrian Bender aus Bruchsal, Philipp Werner aus Redarbischofsheim, Ernst Danfjin aus Billingen, Karl Diehm aus Weibstadt, Egon Efinger aus Freiburg, Karl Eggensperger aus Karlsruhe, Karl Essel aus Mannheim, Gustav Faubel aus Weimheim, Wilhelm Frei aus Ladenburg, Karl Geppert aus Vöding, Karl Ginter aus Mannheim, August Herrmann aus Eggenstein, Karl Heß aus Seidelberg, Joseph Klotz aus Weibheim, Karl Kopp aus Forzheim, August Körber aus Einsheim, Karl Künzle aus Eppingen, Friedrich Lint aus Weibheim, August Litsch aus Freiburg, Friedrich Lochert aus Freiburg, Wilhelm Mayer aus Bretten, Johannes Müller aus Stauferberg, Karl Rapp aus Billingen, Karl Schäfer aus Mosbach, Oskar Schätzle aus Offenburg, Wilhelm Schill aus Lahr, Heinrich Schöner aus Abersbach, Wilhelm Schönhals aus Bruchsal, Emil Sieß aus Etilingen, August Spieß aus Schwetzingen, Friedrich Streib aus Leimen, August Vorgeiß aus Ladenburg, Wilhelm Wagner aus Gernsbach, Ferdinand Weil aus Karlsruhe, Bertin Winterhalter aus Gütenbach.

* (Die Uebergabe des Robert Haas-Denkmal.) Der Schwarzwaldgranitblöck mit dem ausdrucksvollen Medaillonbildnis ist heute, am Todestage von Robert Haas, durch das Denkmal Komitee der Obhut der Stadt übergeben worden. Das dem badenländischen Dichter und Schwarzwaldkämpfer von Freunden und Verehrern gewidmete, von Professor Hermann Holz künstlerisch ausgeführte Denkmal, hat im Weierthaler Waldchen, wo es bereits seit dem Sommer vollendet steht, einen von alten Bäumen umrahmten stimmungsvollen Platz gefunden, dessen Ruhe allerdings vorläufig, bis zur Verlegung des neuen Bahnhofs, noch durch die vielen vorbeifahrenden Züge oft gestört wird. Heute mittag hatte sich eine kleine Gemeinde, darunter die Herren des Komitees, Vertreter der Stadt, der Hochschule und des heimischen Schrifttums vor dem Denkmal versammelt. Professor Dr. Böhlting hielt eine sehr warm empfundene Gedächtnisrede, wobei er vornehmlich den Dichter selbst zu Wort kommen ließ. Er feierte in Robert Haas den feinfühligsten Naturfreund, den warmherzigsten Patrioten und den begeisterten Bismarckverehrer. „Er stand, ein Aufrechts-Freier — an seines Lebens Ziel.“ In seiner Bescheidenheit hätte der heute vor drei Jahren dahingegangene Dichter sicher nie geglaubt, daß einst ein Steinbild an ihn erinnern werde. Schlicht und einfach, wie sein Leben, sei auch das Denkmal, das ein Stück des von ihm so heiß geliebten und so tannentrisch bejungenen Schwarzwaldes darstelle. Professor Böhlting übergab hierauf in Vertretung des durch Unpäßlichkeit verhinderten Komiteevorsitzenden, Geh. Rat Dr. Bürlin, das Denkmal in die Obhut der Stadt, und legte einen Kranz nieder. Oberbürgermeister Siegrist übernahm das Denkmal. Die Stadt unterziehe sich gern dieser Aufgabe, nicht allein, weil der Denksteine ihr ein neuer Schmuck sei, sondern weil er das Andenken an einen hochfinnigen, edlen Mitbürger wach halte. Der Oberbürgermeister legte namens der Stadt gleichfalls einen Lorbeerkranz nieder. Dann sprach noch Hofrat Dr. Verordt dem Dichterkollegen einen posthumer Denkmalbescheid und Major Koch widmete namens der dem Dichter eng befreundeten Familie einen weiteren Kranzspende. Damit war die Feier der Uebergabe beendet. Das Denkmal aber im Grün der Bäume mit seinem leise rieselnden Wasserquell, wird dem Vorübergehenden dauernd ein freundlicher Dichtergruß sein.

* Was den Namen von Robert Haas zuerst bekannt machte, waren die Lieder, die seine naturtrohe Seele der geheimnisvollen Göttin des Schwarzwaldes sang und die unter der Bezeichnung „Abnoba“, Lieder und Bilder aus dem Schwarzwald, im Verlag der Hofbuchhandlung von Friedrich Guisch, Karlsruhe (3 B., geb. 4 M.), erschienen. Da der Verlag inzwischen eine neue Ausgabe veranstaltete und ihr noch bisher ungedruckte Gedichte aus dem Nachlaß von Robert Haas anlieherte, so sei darauf anlässlich der heutigen Denkmalsübergabe besonders hingewiesen: Denn durch nichts ehrt man des Volkes Dichter mehr, als dadurch, daß man ihre Bücher zum Hausgut rechnet. Einft hat Robert Haas seine „Abnoba“ selbst, wie er in der Widmung an seine geliebte Mutter sagt, dieser „unter den Christbaum“ gelegt. Das möge auch jetzt in mandem Hause der Fall sein und des Dichters weiteres Widmungswort sich erfüllen: Ein Ständchen Wald kommt zu Besuch, — Erinnerung dir ins Haus zu bannen: — Nun laß dir plaudern Baum und Buch — Vom Land der Tannen!

* (Die Gesellschaft Einigkeit) gab zur Feier ihres 26. Stiftungsfestes am Samstag ihren Mitgliedern und deren Angehörigen einen sehr genussreichen Künstlerabend im Eintrachtssaal. Unser vielseitigster Kammeränger van Gortom sang mit seinem lebensvollen Vortrag und seiner klaren, schönen Stimme unter lebhaftem Beifall Lieder von Löwe, Hugo Wolf, Hermann, Weingartner, Richard Strauß und Böhm. Fr. Vosschauplikerin Ludah rezitierte mehrere Dichtungen und Fr. Doppenrangerin Saccu erkante durch das Volkslied und den Geißhwalzer, auch sang sie zum Schluß Hildachs beliebtes Frühlingslied und Holländers „Hollerbusch“. Durch Konzertmeister Demans hervorragend künstlerisches Violinspiel war auch die Instrumentalmusik vortrefflich vertreten. Die Begleitung war bei Kapellmeister Hoffmann in besten Händen. Bei dem wohlgeordneten Programm und der künstlerischen Durchführung sämtlicher Nummern war es selbstverständlich, daß die Darbietungen von dem sehr zahlreichen Publikum überaus dankbar aufgenommen wurden.

Z.B.M.u.H. (Schneebewachtungen.) Der in der Höhe liegende Schnee hat zu Beginn der verfloffenen Woche zuerst zu dann aber stetig abgenommen. Am Morgen des 19. Dezember (Samstag) sind noch gelegentlich in Furthwangen 11, in Stetten a. I. M. 2, beim Felsberger Hof 40, in Titisee 16, in Bonndorf 14, in Höhengwand 30, in Bernau 25, in Gersbach 7, in Todtnauberg 34, in Seubronn 3 und in Herrenwies 5 cm. Kaltenbrunn ist schneefrei gewesen. Die Nachrichten aus St. Märgen und Kniebis sind nicht eingetroffen.

S Mannheim, 21. Dez. Am Samstag abend hat in der im Bürgerauschussungssaale stattgehabten Besprechung

mit den Vertretern der von der Aussperrung betroffenen Betriebe Oberbürgermeister Martin noch einmal in überzeugender Weise an die Einsicht der Arbeiterschaft appelliert. Es war eine von großen Gesichtspunkten diktierte Rede, die die Wirkung der Ausführungen, wie die Diskussion zeigte, nicht sonderlich ermutigend. Es wurde eben von neuem bestätigt, was Eingeweihte schon länger wußten, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft die gegenwärtige Bewegung als eine Machtprobe ansieht, die bis zu ihren letzten Konsequenzen durchgeführt werden soll. Oberbürgermeister Martin konnte deshalb die Versammlung nur mit der Mahnung schließen, daß die Erschienenen im Sinne des Gehörten aufführend bei den übrigen Arbeitern wirken und möglichst dafür sorgen sollten, daß bei einer eventuellen noch maligen Abstimmung wenigstens niemand ohne Not sich der Stimmabgabe enthalte. Diese nochmalige Abstimmung findet bereits in einer auf Mittwoch vormittag anberaumten Versammlung der Streikenden statt, in welcher auch die Vertreter der anderen Betriebe zum Worte kommen sollen. Aus der Rede des Oberbürgermeisters war vor allem auch zu entnehmen, daß der Haß der Arbeiter gegen den Arbeitsnachweis der Industriellen zum Teil von falschen Voraussetzungen ausgeht. Im letzten Betriebsjahr haben rund 36000 Arbeiter den Arbeitsnachweis aufgesucht. Von diesen wurden im ganzen acht einer sogenannten Sperre unterzogen und zwar vier wegen ganz schwerer Verordnungen und die andern wegen groben Täuschlichkeiten gegen Vorgesetzte. Die Hauptursache der gegen den Arbeitsnachweis erhobenen Unzufriedenheit dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß über 50 Proz. der Stellensuchenden nicht eingestellt werden konnten. Wenn als Grund für die Nichtannahme der Einigungsbedingungen schließlich angeführt wird, daß man nicht immer nachgeben könne, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß der weitaus größte Teil der Bewegungen im 9. Bezirk, zu dem Mannheim gehört, nämlich 114 von 137 oder 83,2 Proz., ohne Arbeitsnachweis erledigt wurden. Von 73 Streiks im 9. Bezirk endigten nur 3 erfolglos und einer war am Jahresabschluss noch nicht erledigt. Aus den ganzen Ausführungen des Oberbürgermeisters ging, wie gesagt, hervor, daß sich die Arbeiter nichts vergeben, wenn sie die dargebotene Friedenshand annehmen. Aber man scheint es leider diesmal doch auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu wollen.

Freiburg, 21. Dez. Vorgesert wurde von den ordentlichen Professoren der Universität der ordentliche Professor der romanischen Philologie Dr. Gottfried Vais zum Rektor der Universität für das Studienjahr 1909/10 gewählt. — Der Stadtrat hat zum Zwecke der Wohnungsuntersuchung eine besondere Wohnungskommission für hiesige Stadt bestellt. Des weiteren beschloß der Stadtrat, der Gesellschaft Motorverkehr Todtnau für das Jahr 1909 einen städtischen Zuschuß zur Streitung ihres Motorwagenbetriebes im Betrag von 1200 M. zu bewilligen, die gleiche Summe wie im Vorjahre.

Freiburg, 21. Dez. Der Badische Bauernverein veranstaltete auf gestern nachmittag eine von etwa 1000 Landwirten besuchte Versammlung in den Harmoniefällen, um zum Vereinsgefech und zur Finanzreform Stellung zu nehmen. Der Präsident des Vereins, Abg. Schüller in Ebringen, begrüßte die Versammlung und wies darauf hin, daß jetzt 67.000 Bauern dem Verein angehören. Der Regierung sprach er Dank aus für ihre Tätigkeit im Interesse des Bauernstandes, insbesondere auch für die Einführung der landwirtschaftlichen Unterrichtskurse in den Kasernen, was durch die behauerte Landflucht einigermaßen eingedämmt werden könne. Die Erhöhung der Umlage für die Badische Landwirtschaftskammer halte er dagegen im gegenwärtigen Augenblick neben den Kosten der Finanzreform für zu schwer und sei daher zu bekämpfen. Die Reichsfinanzreform sei dringend nötig und die nötigen Mittel müßten hierzu bewilligt werden, aber nur unter der Voraussetzung einer gerechten steuerlichen Belastung und Sparsamkeit in den Ausgaben. Dann berichtete Frhr. v. Menzingen-Sugstetten über den Stand und die Tätigkeit des Bauernvereins im letzten Jahre. Die Zunahme der Mitgliederzahl und die günstigen Erfolge der Arbeit wurden hervorgehoben. Zum Schluß brachte er ein Hoch auf den verdienstvollen Vereinspräsidenten Schüller aus. Letzterer berichtete sodann über das Wingenfech, das, wie zu hoffen sei, wesentliche Verbesserungen bringen werde, aber auch der Selbsthilfe der Bauern sei noch ein weiter Spielraum offen. Frhr. v. Stotzingen-Sieglingen, Mitglied der Ersten Kammer, berichtete über die Nachschsteuer, die er entschieden bekämpfte, da auf die badische Landwirtschaft eine schwere Belastung fallen würde. Der Ehrenpräsident des Vereins, Landwirt Morgenthaler, bekämpfte die Tabaksteuer, die den badischen Tabakbau mit Vernichtung bedrohe, der schon unter der bisherigen Besteuerung schwer zu kämpfen gehabt habe. Gegen die Flaschenweinsteuer sprach sich Frhr. v. Gleichenstein, Landtagsabgeordneter, aus, durch welche zahlreiche badische Weine im Handel schwer betroffen würden. Direktor Dr. Mengenthaler verlas nach einer ablenkenden Kritik der Nachsch-, Tabak- und Weinsteuer mehrere Resolutionen in diesem verneinenden Sinne, die einstimmig angenommen wurden. Landtagsabgeordneter Schüller schloß die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf Seine Königliche Hoheit Großherzog Friedrich II. — Der Badische Bauernverein zählt jetzt 67.300 Mitglieder. Er hat sich seit dem letzten Jahre um 3400 Mitglieder vermehrt.

Aus dem Karlsruher Bürgerauschuss.

In der Sitzung des Karlsruher Bürgerauschusses vom 17. Dezember verlangt die erste Vorlage 72.950 Mark zum Ausbau der städtischen Straßenbahn von der jetzigen Endhaltestelle an der Einmündung der Adlerstraße in die Kriegstraße bis zur Kronenstraße. Oberbürgermeister Siegrist verweist auf die gedruckte Begründung, wonach der Stadtrat den Wünschen der Bewohner der Südstadt, soweit dies zurzeit möglich, Rechnung tragen wolle. Stadtv. Maninger erklärt als Obmann der Stadtverordneten, daß bei deren Vorstand eine geteilte Stimmung gegenüber der Vorlage bestehe. Der Verkehr am Mendelssohnplatz sei ohnehin schon sehr stark; auch werde die Hälfte des jetzt verlangten Kapitals bei dem weiteren Ausbau der Straßenbahn wertlos. Nach eingehender Debatte betont Oberbürgermeister Siegrist, daß auch im Stadtrat die Meinungen über die Notwendigkeit der jetzt vorgeschlagenen Teilstrecke bis zum Mendelssohnplatz geteilt gewesen seien, man habe aber dem starken Drängen der Südstädter nachgegeben. Auch bei Ablehnung der heutigen Vorlage werde die Verbindung der Straßenbahn mit der Südstadt so früh in Angriff genommen werden, jedenfalls schon in zwei Jahren, daß die Strecke noch vor Eröffnung des neuen Hauptbahnhofes betriebsfertig sei. Stadtv. Dr. Knittel wünscht, daß die hier angeführten Mittel zu einer besseren Ausstattung der Wagen im Innern, insbesondere während des Winters, verwendet würden. Für Abhärtung des Publikums zu sorgen, sei nicht Sache des Straßenbahnamts. Stadtv. Fröhlich weist an Hand des Planes nach, daß die Hälfte der Teilstrecke und zwar gerade der

teuerste Teil bei einem künftigen Ausbau keine Verwendung finde. Hierauf gelangt der Antrag des Stadtv. Wilhelm Frey auf Schluß der Debatte zur Annahme. Stadtv. Mo- ninger gibt als Referent dem Stadtrat anheim, die Vorlage zurückzugeben. Oberbürgermeister Siegrist erklärt jedoch namens des Stadtrats, daß er dies im jetzigen Moment nicht für angebracht halte, da man das Ergebnis der Abstimmung kennen lernen wolle. Hierauf wird die städtische Vorlage mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Kanalisation des Stadtgebiets östlich der Boeckstraße, zwischen Garten- und Südböckstraße und des Weierheimer Stadtgebiets, sowie Herstellung einer Regenwasserableitung im Stadtteil Müppurr, verweist der Oberbürgermeister auf die gedruckte Begründung. Die Vor- lage des Stadtrats wird nach längerer Debatte, soweit sie die Erstellung der Regenwasserkanalisation in Müppurr betrifft, mit aller gegen 2 Stimmen, im übrigen einstimmig ange- nommen. — Zu Punkt 3 der Tagesordnung bemerkt der Oberbürgermeister einleitend, daß der Stadtrat nachträglich eine andere Fassung des § 37 Absatz 3 des Beamten- status beschlossen habe, um den dort vorgesehenen fakultativen Sterbepflicht nicht nur der Witwe und den Kindern eines nicht etatmäßigen Beamten, sondern auch eines etat- mäßigen, aber noch nicht ruhegeldberechtigten Beamten aufkommen lassen zu können. Der geschäftsleitende Vorstand stimmte dem zu. Im übrigen verweist der Oberbürgermeister auf die beigegebene schriftliche Begründung. Er bittet, diese Vorlage, wie auch die übrigen, heute zu verabschie- den, um den städtischen Beamten, deren anerkannter Pflichterfüllung der vorgeschlagenen Aufbesserungen als wohl verdient erscheinen lasse, als Weihnachtsg- reude die Gehaltserhöhung aufkommen lassen zu können. Sodann gibt der Oberbürgermeister einen von den sozialde- mokratischen Mitgliedern des Bürgerausschusses unterzeichne- ten Antrag bekannt, in dem der St. Rat drei Bestimmungen des Beamtenstatus verlangt wird, welche eine Verpflich- tung des Beamten zur Anzeige der beabsichtigten Verech- tigung an den Stadtrat (§ 7), die Befugnis des Stadtrats, die Gehaltszulage von Fall zu Fall zu bewilligen (§ 20 Abs. 3), und den Verlust des Witwengeldes bei Führung eines un- sittlichen Lebenswandels durch die Witwe (§ 44) vorschreiben. Nach längerer Debatte teilt der Oberbürgermeister noch einen vom Stadtv. Ernst Frey und vier weiteren Stadtverordneten unterzeichneten Antrag nachstehenden Inhalts mit: Wir be- antworten in § 46 des Beamtenstatus die Worte „etwaiger Bezüge aus öffentlichen Diensten sowie“ zu streichen, und da- für folgenden zweiten Absatz aufzunehmen: „Bezüge aus öf- fentlichen Diensten werden nach Maßgabe des § 67 des staat- lichen Beamtengesetzes behandelt.“ Der Oberbürgermeister fügt bei, daß seiner Meinung nach gegen diese den Beamten günstige Abänderung, nach der auf das Witwengeld Bezüge der Witwen aus öffentlichen Diensten nur soweit sie den Betrag zur Aufrechterhaltung zu gelangen hätten, nichts einzu- wenden sei. Auch der Stadtrat erklärt sich mit der bean- tragten Änderung einverstanden. Bei der Abstimmung wur- den, wie bereits kurz erwähnt, zunächst die sozialdemokrati- schen Änderungsanträge zu den §§ 7, 20 Abs. 3 und 44 gegen die Stimmen der vorgenannten Fraktion abge- lehnt. Sodann wurde die ganze Vorlage mit der vom Vor- sitzenden eingangs hervorgehobenen Änderung des § 37 Absatz 3 und der durch den Antrag des Stadtverordneten Ernst Frey und Genossen vorgeschlagenen Änderung des § 46 zur Abstimmung gestellt und einstimmig ange- nommen. Die vierte Vorlage betrifft die Abän- derung der Grundätze für die Ordnung der Dienst- und Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter (Arbei- terstatut) sowie die Bewilligung außerordentlicher Lohn- zulagen an die städtischen Arbeiter. Auch diese Vorlage wird, wie bereits mitgeteilt, einstimmig angenommen. — Die fünfte Vorlage ändert die Gehaltsordnung für die Lehrer der städtischen Volksschulen dadurch ab, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1908 die Gehaltszulage an die Hauptlehrer schon nach Zurücklegung des 10. Dienstjahres anstatt nach Zurücklegung des 12. Dienstjahres gewährt wird, so daß alle am 1. Januar 1908 hier noch nicht im Höchstgehalt befindlichen Hauptlehrer eine außerordentliche Zulage von 180 Mark erhalten. Außerdem soll die Gewährung von Zu- schüssen zu den Ruhegehaltem der städtischen Lehrer durch die Hinterbliebenenversorgung solcher Leh- rer dadurch eine Verbesserung erfahren, daß auch noch nicht 10 Jahre lang hier angestellten Lehrern, die aber schon fünf Jahre hier tätig waren, eine solche Beihilfe in der Höhe der Hälfte der nach 10 Jahren fälligen Zuschusssumme bewilligt werden kann. Bürgermeister Föhrenbach verweist bei dieser Vorlage auf die gedruckte Begründung. Stadtv. Ettlinger empfiehlt namens des Stadtverordnetenverbandes die Vor- lage. Stadtv. Wilhelm Frey glaubt, daß die Lehrerschaft mit dieser Vorlage zufrieden und für sie aufrichtig dankbar sei. Eine gewisse Enttäuschung habe es hervorgerufen, daß die Lehrerinnen gar keine Aufbesserungen erhalten sollten. Stadtv. Fink vermag in der Vorlage eine Aufbesserung der Lehrer überhaupt nicht zu erblicken. Es sei ihnen einfach nur das hiermit gegeben worden, was man ihnen vor zwei Jahren genommen habe. Man vermisse jeden Fortschritt! Er könne der Hoffnung Ausdruck geben, daß man in 1½ Jahren reichlich gut mache, was er jetzt vermisse. Oberbür- germeister Siegrist meint, wenn die Vorlage von Angehörigen des Lehrerstandes für so unbefriedigend erklärt würde, wie der Redner sie darstelle, so wäre es wohl das Beste, sie zurückzugeben. Der Stadtrat sei dazu bereit. Ganz falsch sei aber die Behauptung, daß hier den Lehrern etwas genom- men worden sei; im Gegenteil, Karlsruhe habe früher als alle anderen badischen Städte Zulagen gewährt. Nachdem die Karlsruher Bürgerchaft aber seit vielen Jahren in ihren Leistungen gegenüber der Lehrerschaft weit über das gesetz- liche Maß hinausgegangen sei, habe sie sicherlich solche Vor- würfe, wie sie der Stadtv. Fink vorgebracht habe, nicht ver- dient. Eine solche Kritik sei keinesfalls geeignet, die lehrer- freundliche Stimmung bei der Stadtverwaltung zu fördern. Stadtv. Dr. Kuntzel bemängelt die Bezahlung der Haupt- lehrerinnen. Der Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen solle die Stadtverwaltung sich schließlich auch erinnern. Nach weiterer Debatte gelangte die städtische Vorlage ein- stimmig zur Annahme. Schluß der Sitzung: 8 Uhr 50 Min.

**** Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 15. Dezember 1908.**

Bauern. Bezirksämter: Nisch 1 Gemeinde, 1 Ge- höft.
 Gfah-Vöhringen. Kreise: Hagenau 1 Gemeinde, 3 Ge- höfte; Saarburg 1.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Neues Palais, 22. Dez. Seine Majestät der Kaiser hörte heute vormittag den gemeinsamen Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts und des Chefs des Marine-

kabinetts, sowie daran anschließend den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts.

* Berlin, 22. Dez. Der Bundesrat genehmigte am 17. Dezember die neue Eisenbahnverkehrsordnung und beschloß ihre Einführung zum 1. April 1908. Die neue Verkehrsordnung ist übersichtlicher, in der Ausdrucksweise klarer und knapper. Nach Abreden mit den Regierungen Oesterreichs und Ungarns treten dort voraussichtlich gleichzeitig neue, im wesentlichen übereinstimmende Betriebs- reglements in Kraft.

* Mainz, 21. Dez. Wie der „Mainzer Anzeiger“ meldet, ist der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Bingen- Alzei, Phil. Keller, in Steinbudenheim heute vormittag 10 Uhr im Alter von 50 Jahren gestorben.

* Stuttgart, 22. Dez. Die Zweite Kammer hat gestern bei Beratung der Volksschulnovelle einen Antrag der Volkspartei auf obligatorische Einführung des achten Schul- jahres mit 50 Stimmen gegen 33 Stimmen der Volkspartei und Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen einen Antrag der Kommission auf fakultative Ein- führung des achten Schuljahres zugestimmt.

* Paris, 22. Dez. In der gestrigen Sitzung der Deputier- tenkammer wurde die Diskussion über die Vermehrung der Artillerie fortgesetzt. Rigard befürwortete den Kauf von Laitautomobilen, um die Beschaffung von neuer Munition für die Geschütze zu erleichtern. Faures erklärte, es sei verständlich und gut, die Zahl der Geschütze zu vermehren. Er befürwortet aber die Batterien zu sechs Geschützen, die weniger kostspielig und eher geeignet seien, die Ebenbürtigkeit mit der deutschen Artillerie zu gewährleisten. Am Schluß seiner Rede protestierte Faures im Namen des Proletariats gegen die unfinnigen Ausfüh- rungen, die alle Völker Europas dem Unterang entgegengesetzt. Der Redner wünscht, ohne von Frankreich die Ab- rüstung zu fordern, was das Land fremden Eroberungs- gelüsten preisgeben würde, daß Frankreich allen Völkern ein internationales Hebereinkommen vorschlage. Er werde bei der Besprechung der Kredite für Marokko auf diese Frage zurückkommen. Der Vorsitzende der Heeres- kommission, Bertheux, sprach sich für die Batterien zu vier Geschützen aus. Darauf wurde die Sitzung auf heute vertagt.

* Paris, 22. Dez. 2000 Studenten veranfaßten gestern nachmittag vor der medizinischen Fakultät eine Kundgebung gegen die neuen Aufnahmebestimmun- gen ihrer Zulassung zum medizinischen Studium. Polizei und Militär drangen in das Universitätsgebäude ein und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

* London, 22. Dez. Der Kanzler der Schatzkammer, Lloyd George, hielt in Liverpool eine Rede über die Verwertung liberaler Maßnahmen durch die Lords. Lord Lansdowne habe sich eine Herrschaft angeeignet, wie sie seit Karl I. nicht beanprucht worden ist. Die Not des Landes zwinge ihn, der gebieterischen Notwendigkeit, den Streit mit den Lords zur Ent- scheidung zu bringen. Lloyd George verteidigte sodann das Freihandelsystem. Anstatt das Brot der Armen zu besteuern, wollen die Liberalen ohne Belastung der Industrie Steuern erheben, sie möchten etwas tun, um das Land in die Gewalt des Volkes zu bringen. Die Gilsquellen des Landes seien unter dem alten Feudal- system zugeflossen. Er sehe sich danach, daß es Frühling werde, wo es tauf und das Volk seine Erbschaft antreten könne.

* London, 22. Dez. Der „Standard“ erfährt von einer neuen 4½prozentigen Anleihe für Finnland im Betrage von 1800000 Pfund Sterling, die zu 92½ emittiert werden soll. Die Aufnahme der Anleihe wird wahr- scheinlich zu Beginn des Monats Januar erfolgen.

* Paris, 22. Dez. Der „Petit Parisien“ meldet aus Tan- ger, daß ein ehemaliger Fremdenlegation deutscher Abstim- mung namens Senfangeb, der vor wenigen Monaten im Schutzbereich des Senfangeb, gegenwärtig unbehindert im Dienste des Chefs der marokkanischen Hafenpolizei, Oberst Müller, stehe. — Demselben Blatte wird aus Oran ge- meldet, daß der angehiebene Graf von Rhoden (in frühe- ren Berichten wurde der Name Rhode geschrieben) im Laufe eines Verhörs aus sagte, er sei bei der Anstiftung der Reuterei in der Fremdenlegation nach amtlichen und formel- len Bezeugungen der deutschen Regierung vorgegangen. Die französische Militärbehörde meinte jedoch dieser Aussage nicht den geringsten Glauben bei und sei überzeugt, daß von Rhoden mit der von A bis Z erfundenen Behauptung lediglich den Zweck verfolge, sich interessanz zu machen.

* Fez, 21. Dez. Die erste Nummer des Blattes „El Fad- jer“, das Ogan Mulay Hafids, das am 15. Dezember erschien, wurde von der Bevölkerung eifrig gekauft. Das Blatt, dessen Hauptmitarbeiter der Franzose Baffier-Pollet und der Syrier Dschaf sind, enthält keinerlei Andeutung über die Beziehungen Marokkos zu den Mächten.

* New York, 22. Dez. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hat bei seiner Ankunft den amerikanischen Pressevertretern eine Erklärung abgegeben, wobei er u. a. sagte: Ich sehe einen klaren Weg vor mir infolge der freund- schaftlichen Gefinnungen, welche zwischen beiden Regierun- gen und Völkern bestehen. Der Weg ist der der Offen- heit und völliger Aufrichtigkeit. Solange ich in Washington bin, wird es hinsichtlich unserer Beziehungen zu den Verei- nigten Staaten kein Geheimnis über die deutschen Absichten geben. Deutschland sei überzeugt, daß die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten sich ein eigenes, sachliches und unvoreingenommenes Urteil über die europäische Lage bilden und diesem Urteil dürfen wir uns wohl anvertrauen. So können sich die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erfreulich weiter entwickeln.

* Washington, 22. Dez. Bei der Vernehmung der Sach- verständigen über die Zolltarifvorlage vor der Kom- mission für Mittel und Wege des Repräsentantenhauses, gab Carnegie bei der United States Steel Corporation einen Gewinn von 15½ Dollar pro Tonne zu. Er fügte hin- zu, er müsse im Interesse der Allgemeinheit für eine Herabsetzung der Zölle auf Stahl eintreten.

* Port-au-Prince, 22. Dez. Auf Haiti herrscht wieder völlige Ruhe.

* Teheran, 21. Dez. Da es den Nationalisten nicht gelungen ist, auf ihr Vorgesuch um Wiederherstellung der Verfassung eine Antwort vom Schah zu erlangen, so nehmen sie nunmehr in den fremden Gesandtschaften Zuflucht. In der türkischen Gesandtschaft sind über 300 Nationalisten versammelt.

* Kalfutta, 22. Dez. Gestern wurden auf einen Eisen- bahzug zwei Bomben geworfen. In dem Zuge be- fand sich der Staatsanwalt Dume, gegen den schon einmal ein Anschlag berüht wurde. Niemand wurde verletzt.

Verschiedenes.

Berlin, 22. Dez. Die Staatsanwaltschaft wird demnächst über das Befinden des Fürsten Eulenburg ein Ober- gutachten des königlichen Medizinalkollegiums der Pro- vinz Brandenburg einholen und je nach dessen Urteil ihre Maßnahmen treffen.

Berlin, 22. Dez. Als Todesursache bei einer in der Nähe des Apfels für Obdachlose aufgefundenen Leiche, die als die der Arbeiterin Pögee agnosziert wurde, ist Mord festgestellt. Die Polizei hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Kiel, 22. Dez. Dem in den Räumen des kaiserlichen Jagtklubs gegründeten Motorbootfischereiver- ein übermies der Reichstanzler eine Beihilfe von 5000 M. Ein neues Boot soll in einer deutschen Werft, der Motor in einer deutschen Fabrik, in Auftrag gegeben werden.

Greifswald, 22. Dez. Durch eine Gasexplosion wurde heute früh ein Teil der höheren Mädchenschule zer- stört. Der Schuldiener kam dabei ums Leben. Die Ur- sache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt.

Gotha, 22. Dez. In der hiesigen Eisenbahnwerkstätte wur- den in einem am Samstag eingelieferten Wagen II. Klasse hinter der Fensterjalousie 1000 Mark Papiergeld und ein Revolver aufgefunden.

Greiz, 22. Dez. Gestern mittag wurden hier abermals mehrere Erdstöße verspürt.

Gießen, 22. Dez. Der Provinzialtag der Provinz Ober- hessen genehmigte gestern die Errichtung einer Gruppen- wasserwerkungsanlage bei Heuboden, die sieben Millionen Mark kosten soll. Außer einer Anzahl bester Orte in der Wetterau soll damit die Stadt Frankfurt a. M. mit Trinkwasser versorgt werden. Der Vertrag mit Frankfurt, der eine Lieferung von täglich 20000 Kubil- metern an die Stadt vorsieht, fand ebenfalls Zustimmung.

Amberg, 22. Dez. Von hier wird berichtet: Der Infan- terist Siebel, der vor 14 Tagen desertiert war, erstach bei einer Hochzeitsfeier in Hohenrain einen mitfeiernden Tag- löhner. Er floh nach München, wurde dort verhaftet und nach Amberg zurückgebracht. Siebel entfloß nachts aus dem Militärgefängnis. Die Flucht wurde erst am anderen Morgen entdeckt.

Darmstadt, 21. Dez. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Geh. Rat Haas der 16. Verbandstag der hessi- schen landwirtschaftlichen Genossenschaften statt. Vertreten waren 231 Genossenschaften durch 309 Mit- gliedern. Im Namen der Regierung begrüßte Ministerialrat Pfinger den Verbandstag. Nach Erstattung des Jahresberichts wurden mehrere Referate gehalten. Bei der Vorstandswahl wurden der bisherige Vorstandsdirektor Geh. Rat Haas und sein Stellvertreter, Oekonomierat Detlweiler, wie- dergewählt und zwar auf Lebenszeit.

Von der Luftschiffahrt.

Berlin, 21. Dez. Das deutsche Reichskomitee zur Aufbringung des nationalen Luftschiffbaufonds für Graf von Zeppelin, unter dem Ehrenpräsidium des Deutschen Kronprinzen, teilt mit, daß auf die von ihm im August 1908 erlassene Kundgebung Beträge in Höhe von 596 427,77 Mark eingezahlt worden sind, über die im einzelnen quittiert ist. Ferner sind bei dem Reichskomitee 2332 625,13 M. angemel- det, die von den ihm angeschlossenen Sammelstellen an die Allgemeine Rentenanstalt in Stuttgart abgeführt sind. Das Reichskomitee, dem noch bis in die letzten Tage hinein, ins- besondere von Deutschen in überseeischen Ländern namhafte Beträge zugegangen sind, sieht nunmehr seine Tätigkeit als abgeschlossen an; es spricht allen, die in gemein- nützigem und deutschem Sinne das nationale Werk des Grafen Zeppelin unterstützt haben, den wärmsten Dank aus.

Brüssel, 22. Dez. Die gestern geplante Fahrt des französi- schen Luftschiffes Clement Bajard mußte wegen starken Nebels unterbleiben. Es war eine Reise von Brüssel nach Antwerpen beabsichtigt.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd.
 vom 22. Dezember 1908.

Mitteleuropa wird noch von einem Hochdruckgebiet bedeckt, das elten Kern über Polen aufweist; in seinem Bereich ist es fast durchweg trüb und neblig bei Temperaturen, die um den Gefrierpunkt schwanken, nur auf den Höhen ist es klar. Die Depression bei Island hat sich erheblich vertieft und eine weitere scheint sich den britischen Inseln zu nähern, doch werden sich voraussichtlich beide nicht binnenwärts geltend machen; es ist deshalb Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden
 vom 22. Dezember, früh:

Lugano bedeckt 3 Grad, Biarritz wolkenlos 6 Grad, Nizza wolkenlos 10 Grad, Triest wolkenlos 5 Grad, Florenz wol- kenlos 9 Grad, Rom wolkenlos 8 Grad, Cagliari heiter 8 Grad, Brindisi wolkig 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom	Therm.	Abf. Feucht.	Rel. Feucht.	Wind	Witterung
	mm	in C.	in mm	in %		
21. Nachts	990.1	7.0	3.5	5.6	95	N bedeckt
22. Morgs.	790.0	3.1	4.6	81	NE	
22. Mittags	790.1	3.3	4.6	80	ENE	Hochnebel

Höchste Temperatur am 21. Dezember: 4.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.1.

Niederschlagsmenge, gemessen am 22. Dezember 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 22. Dezember, früh: Schutten- insel 1.07 m, gefallen 2 cm; Rehl 1.62 m, gefallen 4 cm; Murg 3.33 m, gefallen 5 cm; Mauhheim 2.19 m, gestiegen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
 Druck und Verlag:
 G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.


G. SCHMIDT-STAUB
 HOF-JUWELIER · HOF-UHRMACHER
 KARLSRUHE · KAISERSTRASSE 154
BRILLANT-RINGE
 zu vorteilhaftesten Preisen.
 Auswahlsendungen nach auswärts bereitwilligst.

Statt jeder besonderen Anzeige.
 Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass unsere liebe Gattin und Mutter

Frau Elise Kieser
 geb. **Kieser**

heute nach einer kurzen, schweren Krankheit sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, den 21. Dezember 1908.

Ludwig Kieser, Oberrechnungsrat,
Eduard Kieser, Regierungsbaumeister,
Lisel Kieser.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 23. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.
 Von Blumenspenden und Kondolenzbesuchen bitten wir abzusehen. B. 25

PALMIN

Es ist Palmin das Beste für die Küche,
 Zum Kochen, Braten, Backen beispiellos!
 Es löst den Koch, die Köchin wie im Nichts,
 Er kommt dem pflichtigen Morgen ganz famos!

E'809

MONINGER KAISERBIER
 bester Ersatz für Pilsener Bier.

Als Weihnachtsgeschenke zu empfehlen sind:

Tennis, Rackets, Bälle u. Netze.

Ich gewähre auf diese Artikel **10% Rabatt**

Alwin Vater
 (Inh. Ad. Brecht)
 — Zirkel 32 —

B. 709

„Botschaft No. 58“ vorzügl. Consum-Markte
 Original-Grösse 50 Stck. = Mk. 3.-
 E.P. HIEKE Hofl. Karlsruhe 1/8.

Möbelmagazin
 vereiniger Schreinermeister E. G. m. u. H.
 Telefon Nr. 114 Karlsruhe Amalienstrasse 31

Reichhaltiges Lager in
 Salon-, Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herren-Zimmern
Küchenmöbeln

Neuheiten in Möbeln
 für **Weihnachtsgeschenke** passend

Mehrfährige Garantie. * * * Reelle Bedienung.
 Besichtigung ohne Kaufzwang.

Ausverkauf
 verschiedener Möbel B. 689
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen weit unter Herstellungskosten.

von Hartung'sche
 Militär-Vorbildungsanstalt
 Cassel-Wilhelmshöhe
 1866 staatl. konzess.
 Ueber 2000 Einj. u. Fähnriche erfolgreich vorbereitet, über 500 Prim. und Abitur. B'905
 Stets glänzende Erfolge.

20 000 Mk.
 Das grosse Los
 bestes Festgeschenk
 der nächsten Badischen
Wohltätigkeits-Geld-Lotterie

f. Invaliden, Witwen u. Waisen
 Ziehung schon 9. Januar 1909
 2928 Bargewinne ohne Abzug

44 000 M.
 I. Hauptgewinn:
20 000 M.
 2927 Gewinne
24 000 M.

Los 1 M. Porto u. Liste 30 Pfg.
 versendet Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer, Strassburg i. E.
 Langstr. 107,
 In Karlsruhe: **Carl Götz**,
 Hebelstr. 11/15.
Lotteriebanc Kaiserstr. 60
 Wiederverkäufer gesucht.

F. Haselwänder, H. Meyer, E. Flügel, J. Hartung, L. Mohr, Chr. Fankl

Zur Puppen - Klinik!

Puppen-Reparaturen.

Anfertigung von **Puppen - Perücken**
 Reichhaltige Auswahl in **Puppen**
 aller Arten, gekleidet und ungekleidet.
 Besichtigung ohne Kaufzwang!

Hermann Bieler, Damenfriseur
 B. 421 Kaiserstrasse 223.

Die beste und erste Karlsruher Puppen-Klinik.
 Grösstes und leistungsfähigstes Geschäft am Platze.
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Prakt. Weihnachtsgeschenke sind

ADLER

Fahrräder Erstklassiges Fabrikat
Wunderbar leichtest. Lauf

Alwin Vater Inh.: Ad. Brecht **Zirkel 32**

Eigene Reparaturwerkstätte

B. 708

Willkommenes Weihnachts-Geschenk ist für alle Raucher

Zigarren, Zigaretten und Tabak

Sortimente und kleine Packungen in ganz hervorragender Qualität und Ausstattung sind in jeder Preislage und grosser Auswahl vorrätig bei B. 761

Adolf Stauffert, Zigarren-Spezial-Haus
 Kaiserstrasse 113, Ecke Adlerstrasse
 Telefon 1787 Telephon 1787

Handschuhe Krawatten Schirme
 anerkannt vorzügliche Qualitäten empfehlen

LUDWIG OEHL
 Nachfolger
KARLSRUHE i. B.
 Kaiserstr. 112 B. 863

An den Lungenheilstätten Friedrichsheim und Luisenheim, Post Karlsruher im bad. Schwarzwald, ist zum 1. März 1909 eine

Assistenzarztstelle
 zu besetzen. Gehalt 2000 M., steigend jährlich um 200 M. bis 2400 M. bei freier Station. Verpflichtung auf 1 Jahr bei vierteljährlicher Kündigung. B. 884.4

Gefl. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf, mit Angaben über Alter, Konfession, Gesundheitszustand usw., erbeten an die Direktion der Heilstätten Friedrichsheim und Luisenheim.

Konkursverfahren.
 B. 3. Nr. 10 885. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgermeisters Max Jung von Freiburg ist der Schlusstermin von Montag, den 28. Dezember 1908, vormittags 9 Uhr, auch zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung bestimmt. Freiburg, den 18. Dezember 1908. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3: Appel.

Bekanntmachung.
 Nr. 47 650. Bei diesseitigem Bezirksamt ist eine **Kanzleihilfsstelle** auf **1. Januar 1909** zu besetzen. Bewerbungen von Aktuarern oder älteren Angestellten sind sofort bei uns einzureichen. B. 24
 Billingen, den 21. Dezember 1908.
 Gröf. Bezirksamt:
 Bauer.

Bekanntmachung.
 Auf unserem Bureau soll auf **1. Januar** die Stelle eines **Schreibgehilfen** — mit flotter, schöner Handschrift, der auch im Buchrechnungswesen nicht unerfahren ist — mit einer Anfangsvergütung von 1000 M. besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beilage eines Lebenslaufs und ihrer Zeugnisse über jetzige Tätigkeit bis zum 28. d. M. hierher einreichen. B. 930.2.2
 Heidelberg, den 18. Dezember 1908.
Evangelische Kirchenbauinspektion.